

Lastwagen kippt – Chauffeur verletzt

Eschenbach Beim Entladen von Aushubmaterial im Kieswerk ist es am Dienstagnachmittag zu einem Unfall gekommen: Der Lastwagenchauffeur fuhr rückwärts eine Rampe hoch und begann mit dem Entladen. Dabei kippte der LKW auf die linke Seite und klemmte den Chauffeur ein, wie die Luzerner Polizei mitteilt. Für die Bergung musste die Feuerwehr ausrücken. Ein Ambulanzteam betreute den Verletzten und brachte ihn ins Spital. Am Kipper entstand Sachschaden von rund 90 000 Franken. (red)

Junge Grüne setzen aufs Velo

Mobilität Mit «Velolive» haben die Jungen Grünen des Kantons Luzern eine Charmeoﬀensive fürs Zweirad gestartet. Im laufenden Monat wollen sie mit Kurzfilmen für die Vorteile des Velos sensibilisieren und bei Verkehrsplanungen eine Priorisierung des Veloverkehrs erwirken. Weitere Infos unter www.velo-love.ch. (red)

Neue Turnhalle in Planung

Beromünster Eine beauftragte Steuerungsgruppe hat die Bedürfnisse für eine Dreifachturnhalle abgeklärt und in einem Bericht zusammengefasst. Noch bis am 24. September befindet sich dieser in der Vernehmlassung. An der Gemeindeversammlung vom 29. November sollen die Stimmbürger über einen Planungskredit befinden können. (red)

Unterstützung für Altersreform

Luzern Die CVP-nahe Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG) des Kantons Luzern sagt aus Sicht der KMU Ja zur Altersreform 2020. Die Vorlage erspare den Betrieben «Unsicherheit und Kosten», bei einem Nein würde eine kurzfristige Mehrwertsteuer-Umstellung drohen, heisst es in einer Mitteilung. Kein Verständnis hat die AWG «für die Opposition aus Gewerbetreibenden». Denn «die wichtigsten Forderungen der Wirtschaft» seien aufgenommen worden. (red)

Personalverbände fordern Umdenken

Bevölkerungsumfrage Auch die Arbeitsgemeinschaft der Luzerner Personalverbände hat die Resultate der kürzlichen Bevölkerungsumfrage analysiert. Diesen zufolge würden staatliche Dienstleistungen «einen grossen Rückhalt» in der Bevölkerung geniessen – das Vertrauen in die Finanzpolitik der Regierung sei aber auf der Strecke geblieben. Über 90 Prozent der Befragten seien gegen einen weiteren Abbau bei der Bildung oder der öffentlichen Sicherheit. Urban Sager, der neue ALP-Präsident und SP-Kantonsrat, folgert: «Weitere Kürzungen beim Personal» seien so «vom Tisch». Es brauche «ein Umdenken von Seiten der Politik». (red)

Wortgefecht zum Sprachenstreit

Schule Gegner und Befürworter der Fremdspracheninitiative kreuzten beim Podiumsgespräch der «Luzerner Zeitung» die Klingen. Wie viel Englisch und Französisch kann Primarschülern zugemutet werden?

Urs-Ueli Schorno

ursueli.schorno@luzernerzeitung.ch

Bis jetzt gilt im Kanton Luzern das 3/5-Modell: Englisch wird ab der dritten, Französisch ab der fünften Klasse unterrichtet. Die Initianten wollen das 3/7-Modell: Die zweite Fremdsprache käme erst ab der Oberstufe hinzu. Am gestrigen Podium in den Räumlichkeiten unserer Zeitung fühlte Moderator Alexander von Däniken, Ressortleiter Kanton der «Luzerner Zeitung», Befürwortern und Gegnern auf den Zahn.

Für die Initiative argumentierten Annamarie Bürkli, Präsidentin des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbands, und Bernhard Steiner, SVP-Kantonsrat und Kinderarzt. Als Gegner traten auf: Bildungsdirektor Reto Wyss sowie Nationalrätin Andrea Gmür (beide CVP).

Kinder machen zwei Entwicklungsschritte

Zunächst erklärte Annamarie Bürkli, weshalb sie die zweite Fremdsprache erst in der Sekundarstufe unterrichten will: «Als Lehrerin erlebe ich heute viele Schüler, die überfordert sind. Der Misserfolg frustriert Eltern und Kinder.» Sie hoffe, dass nun «Politiker endlich auf die Basis, die Lehrer, hören».

Regierungsrat Reto Wyss widersprach: «80 Prozent der Lehrer halten eine zweite Fremdsprache für richtig.» Er rief wiederholt dazu auf, die Situation nicht schwarzzumalen. «Wir sind überzeugt, gut unterwegs zu sein.» Bernhard Steiner hält diesen Standpunkt für blauäugig, wofür er wissenschaftliche Argumente zur Hand hat: «Einfaches Sprachenlernen ist bis im Alter von etwa fünf Jahren möglich. Der nächste Sprung setzt erst mit elf Jahren ein, wo analytisches Sprachenlernen möglich wird.» Nationalrätin



Von links: SVP-Kantonsrat Bernhard Steiner; Annamarie Bürkli, Präsidentin des Luzerner Lehrerverbands; Moderator Alexander von Däniken; CVP-Nationalrätin Andrea Gmür und Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP).
Bild: Nadia Schärli (Luzern, 6. September 2017)

«Der Misserfolg frustriert Eltern und Kinder.»

Annamarie Bürkli
Präsidentin des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbands

«Dann dürfen wir bis in die Oberstufe keine Sprachen mehr unterrichten.»

Andrea Gmür
Nationalrätin CVP Luzern

Andrea Gmür entgegnete darauf spitz: «Dann dürfen wir bis in die Oberstufe überhaupt keine Sprachen mehr unterrichten.» Gmür, selbst ausgebildete Lehrerin auf der Gymnasialstufe, sagte aus, sie erlebe Sprachunterricht in der Primarschule als spielerisch und motivierend und nicht analytisch und überfordernd. «Kinder, die früh auf die Sprachen sensibilisiert werden, profitieren später – ganz klar.»

Regierungsrat Reto Wyss brachte schliesslich seine Argumente auf den Punkt: «Die Initiative bringt mehr Probleme als Lösungen.» Die Initianten könnten nicht aufzeigen, wie der Fremdsprachenunterricht bei einer Annahme aussehen würde. Er halte es zudem für falsch, wenn Luzern einen anderen Weg als seine

Nachbarkantone einschlage. «Wir wollen keine Insellösung.»

Annamarie Bürkli betonte, dass mit der Initiative am Ende der Schulzeit die Lernziele in beiden Fremdsprachen erreicht würden. So sei auch der Vielsprachigkeit der Schweiz Rechnung getragen. Welche Sprache bei einer Annahme der Initiative in der Primarstufe unterrichtet werden soll, lassen die Initianten offen – der Regierungsrat würde auf Frühfranzösisch setzen. Die lebhafteste Debatte zeigte, dass es am 24. September um einen richtungsweisenden Entscheid geht.

WWW.

Das Podium in voller Länge zum Nachsehen auf: luzernerzeitung.ch/video

Eine Trutzburg namens SVP

Abstimmung Die Vorlage zur Ernährungssicherheit spaltet die Luzerner Bauern und die SVP-Vertreter: Als einzige Zentralschweizer Sektion fasste die Kantonalpartei die Nein-Parole. Schuld daran dürfte ein Bundesrat sein.

Die SVP schert aus: Als einzige Luzerner Partei hat sie dem Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» eine Absage erteilt. Deutlich: Mit 100 zu 15 Stimmen bei 14 Enthaltungen schickten die SVP-Delegierten die Vorlage bachab – obwohl ihre Nationalräte das Geschäft im Parlament unterstützt hatten (Ausgabe vom 1. September).

Mit der Nein-Parole sorgt die Volkspartei nicht nur unter den Zentralschweizer SVP-Sektionen für einen Ausreisser. Die Luzerner SVP bäumt sich auch gegen die Mutterpartei auf: Die Delegierten der SVP Schweiz votierten mit 208 zu 114 Stimmen bei 14 Enthaltungen für ein Ja.

Die vom Schweizer Bauernverband initiierte Initiative «Für Ernährungssicherheit» wurde 2014 eingereicht. Die Landwirte wollten damit die einheimische Lebensmittelproduktion stärken. Der Gegenvorschlag berücksich-

tigt nun die ganze Wertschöpfungskette. Dazu gehört die Sicherung des Kulturlandes ebenso wie der Kampf gegen Lebensmittelverschwendung.

«Knackpunkt war Passus zum Freihandel»

Dass die Luzerner SVP in der Zentralschweiz eine Trutzburg darstellt, hat Parteipräsidentin Angela Lüthold kommen sehen: «Weil die Luzerner Vertreter schon bei der nationalen Delegiertenversammlung geschlossen gegen die Vorlage gestimmt hatten, überraschte mich das Nein an der kantonalen DV wenig.» Für die Ablehnung würden mehrere Gründe sprechen. So sei etwa die Forderung nach ressourcenschonender Produktion laut der Nottwilerin schon heute in der Verfassung verankert. «Der Knackpunkt war der Passus zum Freihandel», sagt Lüthold. Der neue Verfassungsartikel soll den Bund verpflichten,

die Basis für grenzüberschreitende Handelsbeziehungen zu schaffen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft beitragen. «In unseren Augen ist dies ein Widerspruch. Je liberaler der Markt, desto weniger lässt sich Nachhaltigkeit kontrollieren.»

Anders als die SVP unterstützt der Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband die Vorlage. Die Verankerung der Ernährungssicherheit in der Verfassung gebe «Bauernfamilien eine Zukunftsperspektive» und sichere eine «nachhaltige, hochwertige Lebensmittelproduktion», teilte der Verband mit. «Mit dieser Vorlage können zudem gewisse Fehlentwicklungen korrigiert werden», sagt Präsident Jakob Lütolf (CVP) aus Wauwil. «Extensive Landwirtschaft zu betreiben, ist heute lukrativer, als Lebensmittel zu produzieren. Das muss sich ändern.» Gemäss Lütolf steht «die grosse Mehrheit der Landwirte» hinter der Vorlage – auch wenn das SVP-Nein anderes vermuten

liesse. «Die Bauern sind nicht zerstritten, aber es haben sich offenbar viele verunsichern lassen.»

Schneider-Ammann hat Zweifel gestreut

Laut Bauernverbandspräsident Lütolf hat Bundesrat Johann Schneider-Ammann Zweifel gestreut. Dieser sagte Anfang Juli gegenüber der NZZ, der «Schritt Richtung offene Märkte tut der Landwirtschaft zwar weh, aber er bedroht nicht ihre Existenz per se». Der «nächste Schritt dorthin» sei die Abstimmung vom 24. September. Später revidierte Schneider-Ammann sein Statement – unter anderem auch beim Besuch bei Ramseier in Oberkirch (Ausgabe von gestern). «Entscheidend für den Bauernverband sind die Aussagen, die in der Ratsdebatte gemacht wurden. Da war von einer weiteren Marktöffnung keine Rede», sagt Lütolf. «Bei den Verhandlungen zur Agrarpolitik ab 2022 werden wir den Bundesrat beim Wort nehmen.»

Das wird auch Tony Graber tun. Der Schötzer SVP-Kantonsrat und Landwirt gehörte zu den 15 Delegierten, die sich für die Vorlage aussprachen. «Mit einigen Details des Verfassungsartikels bin auch ich nicht glücklich. Einer allfälligen Marktöffnung muss Einhalt geboten werden», sagt Tony Graber. «Doch ein Nein zu dieser Vorlage könnte riesigen Schaden anrichten.» Mit der Ablehnung würde das Signal ausgesendet, man sei nicht auf die Schweizer Landwirtschaft angewiesen. «Ein solches Zeichen nach aussen können wir uns nicht leisten.»

Die gegenteilige Haltung vieler seiner Parteikollegen führt Graber auf eine «Trotzreaktion» zurück. Der Schweizer Bauernverband und gewisse SVP-Landwirte hätten das Heu nicht auf derselben Bühne. «Das ist nun die Antwort darauf.»

Evelyne Fischer
evelyne.fischer@luzernerzeitung.ch